AKTIV + GLEICHBERECHTIGT MIGRATION

05/2011

INHALT MAI 2011

SEITE 1

ÜBER EINE QUOTE NACHDENKEN

HEILBRONN HAT „NEIN" GESAGT
5000 protestierten gegen Nazi-Aufmarsch

SEITE 2

GREIFSWALD IST BUNT
Nazi-Aufmarsch blockiert/Im Vorfeld rechte Übergriffe

KÖLN STELLT SICH QUER
Rechter Aufmarsch durch die Innenstadt verhindert

POSITIONIERUNG GEGEN RECHTS UND FREMDENFEINDLICHKEIT
Der Vorsitzende des Kumpelvereins sprach zum 1. Mai im niedersächsischen Northeim

SEITE 3

DISKRIMINIERUNG VON ROMA UND SINTI
Es gibt viele Studien über die Situation, aber kaum Veränderung

SCHATTENBERICHT ZUM THEMA RASSISMUS
Das Europäische Netzwerk gegen Rassismus zur Situation in der EU

NEUE FÖRDERMITGLIEDER

SEITE 4

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG ALS ZIEL
Der Arbeitskreis Demokratie und Migration der DGB-Jugend NRW

„AKTIV+GLEICHBERECHTIGT" versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.

ÜBER EINE QUOTE NACHDENKEN

Beschäftigung im öffentlichen Dienst und bei ver.di ein Thema auf der ver.di-Bundesmigrationskonferenz

migration

Am 6. und 7. Mai 2011 fand in Berlin die 1. Bundesmigrationskonferenz statt. Dass es die erste war, mag etwas verwundern, die Arbeit hat ja nicht erst jetzt begonnen. Es war die erste Konferenz seit dem Arbeitsfeld Migrantinnen und Migranten/Migrationspolitik auf dem ver.di-Bundeskongress 2007 der Status einer Personengruppe zuerkannt wurde, woraus sich zum Beispiel das Recht ableitet, einen Delegierten zum Bundeskongress entsenden zu können. Von daher war es aus Sicht des scheidenden Sprechers des Bundesmigrationsausschusses Ibrahim Isik eine „historische Tagung".

Auf der Tagung wurde Bilanz gezogen, was in den Jahren seit 2008, dem letzten Treffen auf Bundesebene, an Arbeit geleistet wurde. Im Mittelpunkt stand naturgemäß das Ziel einer verbesserten gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesellschaft und in der Arbeitswelt. Ein Beispiel für verbesserte gesellschaftliche Teilhabe ist die Einführung eines kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige. In der Arbeitswelt ist ein zentrales Thema der Zugang zu Beschäftigung. Bezogen auf einen wichtigen Organisationsbereich von ver.di, dem öffentlichen Dienst, ist das ein Punkt, an dem sich einiges ändern muss. Denn im öffentlichen Dienst sind Menschen mit Migrationshintergrund im Verhältnis zu ihrem Anteil in der Bevölkerung deutlich unterrepräsentiert – ein Zustand, den ver.di seit langem beklagt.

Ein wichtiger Ansatzpunkt, um etwas zu ändern, ist das im Bundesministerium des Inneren (BMI) angesiedelte Dialogforum „Migranten im öffentlichen Dienst", an dem ver.di beteiligt ist. Im Nationalen Integrationsplan hat das BMI sich verpflichtet, den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Über das Dialogforum sollen die Akteure auf diesem Feld einbezogen werden. ver.di hat die Aufgabe übernommen, in ihrem Bereich über die Möglichkeit der Beschäftigung im öffentlichen Dienst zu informieren und dabei auch die Personalräte anzusprechen und dafür zu werben, sich des Themas anzunehmen.

Der Migrationsausschuss von ver.di drängt auch außerhalb des Dialogforums auf eine Verringerung der Zugangshürden für Migrantinnen und Migranten zum öffentlichen Dienst. So gab es in der Diskussion auf der Bundesmigrationskonferenz die Forderung nach einer Quote für Auszubildende im öffentlichen Dienst. Eine solche Forderung – so ein anderes Argument – könne man als Gewerkschaft sehr viel glaubhafter vertreten, wenn man mit gutem Beispiel vorangeht. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske ging in seinem Referat auf der Bundesmigrationskonferenz auf das Thema ein. Bei der Einstellung von NachwuchssekretärInnen müsse ver.di über eine Quote nachdenken, so Bsirske. Pro Jahr werden 15, 16 NachwuchssekretärInnen eingestellt, wenn davon drei oder vier einen Migrationshintergrund haben ist man aus Sicht des ver.di-Vorsitzenden einen Schritt weiter. Um auch an die entsprechenden Bewerberinnen und Bewerber heranzukommen, hat die Personalabteilung ver.di-Beschäftigte mit Migrationshintergrund eingeladen, um zu prüfen, ob sie in ihren Netzwerken Menschen kennen, die Interesse an einer solchen Tätigkeit haben. Hier ist also ein Anfang gemacht.

HEILBRONN HAT „NEIN" GESAGT

5000 protestierten gegen Nazi-Aufmarsch

WWW.HEILBRONN-SAGT-NEIN.DE
HEILBRONN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Zum 1. Mai hatten Neonazis zu einer süddeutschlandweiten Großdemonstration aufgerufen. Dagegen hatte sich schon zu Beginn des Jahres auf Initiative des DGB das Bündnis „Heilbronn sagt nein" formiert, an dem neben den Gewerkschaften, Unternehmen, Parteien, Kirchen, Stadtverwaltung, zivilgesellschaftliche Institutionen und viele andere beteiligt sind (siehe aktiv + gleichberechtigt März). Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach: „Uns alle eint der feste Wille, dass wir als Demokraten keine neuen Nazis in Heilbronn haben wollen."

Nach Schätzungen der Polizei waren rund 700 Neonazis zu dem Aufmarsch nach Heilbronn gekommen. Das Bündnis hatte 5000 Menschen auf die Beine gebracht. Die zeigten – so Silke Ortwein vom DGB –, dass Heilbronn eine lebendige und bunte Stadt ist, die sich gegen Nazis zur wehr setzt.

Die Demonstranten des Bündnisses „Heilbronn stellt sich quer" – rund 1000 – hatten versucht, den Nazi-Aufmarsch zu blockieren. Gegen die friedliche Blockade ging die Polizei massiv vor. Es gab rund 300 Festnahmen. Deutliche Kritik daran kam von der ver.di-Jugend. Jugendsekretärin Katharina Kaupp „Nazis blockieren ist unser Recht. Wir lassen es nicht zu, dass sie ihre menschenverachtende Propaganda am 1. Mai in Heilbronn auf die Straße tragen."

Als erste Bilanz sieht Silke Ortwein vom Bündnis „Heilbronn sagt Nein": „Es ist trotz mancher Hürden gelungen, ein breites Bündnis zu schmieden, in welches sich fast alle, die gegen Nazis sind, gemeinsam einbinden ließen. Wann waren je Antifa und Arbeitgeberverband zusammen in einem Bündnis? Etwas Vergleichbares gab es in dieser Breite – zumindest hier in Heilbronn – noch nicht." Gleichzeitig macht sie mit Blick auf die Blockierer klar: „Es bleibt dabei: wir lassen uns nicht auseinanderdividieren."

GREIFSWALD IST BUNT

Nazi-Aufmarsch blockiert/Im Vorfeld rechte Übergriffe

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering attestierte den Bürgerinnen und Bürgern Greifswalds, dass sie ein „eindrucksvolles Zeichen für Weltoffenheit und Toleranz" gesetzt haben. Er bezog sich dabei auf die Ereignisse am 1. Mai in der Hansestadt.
Die NPD hatte für den Tag der Arbeit einen Aufmarsch angekündigt. Dagegen mobilisierte die Initiative „Greifswald ist bunt – kein Ort für Neonazis", ein breites Bündnis aus Vertretern der Universität und der Studierenden, Gewerkschaften, Unternehmen, Kirchen, Parteien, Jugendeinrichtungen, Schulen, Sportbund. Und auch Oberbürgermeister Arthur König rief die Bürgerinnen und Bürger auf, sich an dem Protest gegen rechts zu beteiligen.
Die Mobilisierung wirkte. 3000 Greifswalderinnen und Greifswalder beteiligten sich an einer Demonstration von der Stadtmitte ins Ostseeviertel. Einbezogen in den Protest war auch das lange vorher geplante Fest der Demokratie.
Die 350 Rechten, die nach Greifswald angereist waren, kamen mit ihrem Marsch, der am Südbahnhof starten sollte, zunächst nicht vom Fleck. 150 Demonstranten hatten den Weg durch eine Sitzblockade dichtgemacht. Nach rund zwei Stunden einigten sich die Organisatoren des Aufmarschs mit der Polizei auf eine Ausweichstrecke. Um halb Eins geht es los. Es geht ein Stück durch Randbezirke, aber nicht allzu weit. Nach einer Kurve muss der Aufmarsch anhalten. 300 Demonstranten stoppen den Zug durch eine Sitzblockade. Einer der Demonstranten, der stellvertretende Vorsitzende des DGB-Bezirks Nord, Ingo Schlüter: „Manchmal reicht es nicht, auf die Straße zu gehen, dann muss man sich auf die Straße setzen", erläutert er knapp. Die Blockade ist erfolgreich, die Rechten müssen kehrt machen. Um halb Fünf sind sie wieder am Ausgangspunkt, der Spuk ist abgewehrt.
Auch der Oberbürgermeister ist zufrieden. Arthur König: „Ich bin beeindruckt, wie selbstverständlich die Menschen aktiv geworden sind, wie vielfältig und kreativ sie auf die Provokation des NPD-Aufmarsches reagiert haben. Die Art des Agierens ist unterschiedlich, aber alle sind vereint in der Aussage: Greifswald ist bunt – hier herrscht kein Platz für braunes Gedankengut."

KÖLN STELLT SICH QUER

Rechter Aufmarsch durch die Innenstadt verhindert

Am 7. Mai demonstrierten rund 2000 Menschen gegen einen Aufmarsch der rechten Organisation Pro Köln. Aufgerufen hatte das Bündnis „Köln stellt sich quer". Die Unterstützung reichte von Oberbürgermeister Jürgen Roters über Gewerkschaften, Parteien, Kirchen bis zu Jugendverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen.
Pro Köln hatte zu einem „Marsch für die Freiheit" aufgerufen und 2.500 Mitmarschierer angekündigt. Es kamen 300 und davon 100 zu spät, da Demonstranten in Leverkusen-Opladen zeitweise einen Zug an der Weiterfahrt nach Köln hinderten.
Als der rechte „Ungeisterzug" über die Deutzer Brücke zum Kundgebungsort kam, wurden die Rechtsextremisten mit lautem Protest und Trillerpfeifen empfangen. Die Kundgebung fand zwar noch statt, zu hören war allerdings so gut wie nichts, weil das rechte Geschwafel im Lärm unterging. Ohnehin war die Zahl der Rechten schon um knapp 100 dezimiert.
Der angekündigte Marsch durch Köln blieb aus. Die verbliebenen Pro-Köln-Anhänger gingen zurück nach Deutz und verkrümelten sich schließlich.
Damit wurde nach 2008 und 2009 mit dem Versuch islamfeindliche Kongresse durchzuführen auch der dritte Anlauf ein Flop.

„Wir dulden keinen Marsch der Rechten in die Innenstadt" – so hieß es im Aufruf von „Köln stellt sich quer". Die Kölnerinnen und Kölner werden es auch künftig nicht dulden.

POSITIONIERUNG GEGEN RECHTS UND FREMDENFEINDLICHKEIT

Der Vorsitzende des Kumpelvereins sprach zum 1. Mai im niedersächsischen Northeim

„Faire Löhne, gute Arbeit, soziale Sicherheit. Das ist das Mindeste" war das Motto des diesjährigen 1. Mai und umreißt auch die Fragen, die von den Rednerinnen und Rednern auf den Kundgebungen aufgegriffen wurden. Ein anderes Thema: das Engagement der Gewerkschaften gegen Rechts. Im niedersächsischen Northeim war das Thema auf besondere Weise aktuell. Dort will die NPD am 22. Mai ihren Landesparteitag abhalten. Eine Klage des Stadtrats dagegen, den Rechten einen Saal der Stadthalle zur Verfügung stellen zu müssen, ist beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg gescheitert. Derzeit läuft noch eine Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht.
Mairedner in Northeim war Giovanni Pollice, Leiter der Abteilung Migration/Integration beim Hauptvorstand der IG Bergbau, Chemie, Energie und Vorsitzender des Kumpelvereins. Er griff das Thema, das die Stadt seit längerem beschäftigt, auf und brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass der Gang nach Karlsruhe Erfolg haben werde. Unabhängig von der Entscheidung des Gerichts machte er klar: „In Deutschland darf kein Klima der Intoleranz gegen Minderheiten entstehen. Notwendig sind Respekt und Sicherheit für alle. Rechtsextremismus muss von unserem Staat und von jedem Einzelnen von uns entschlossen und mit der notwendigen Härte bekämpft werden."
Gleichzeitig forderte er, dass die Zivilcourage der Menschen stärker gefördert wird. Giovanni Pollice wörtlich: „Schweigen und Übersehen bedeuten schon dulden. Wegschauen und Ausweichen können nicht unsere Sache sein. Wir müssen Flagge zeigen." In diesem Zusammenhang forderte er ein neues bundesweites Verbotsverfahren gegen die NPD.
In seiner Rede wandte sich Pollice auch gegen Fremdenfeindlichkeit „in jeder Art und Weise". Der Tag der Arbeit ist für ihn „ein Symbol für den Geist des Miteinanders, für friedliches Zusammenleben, für eine jahrzehntelange Aufbauarbeit, die vom Vertrauen und von Menschlichkeit getragen ist".

Für Pollice ist Migration ein Gewinn. Migrantinnen und Migranten „sind Menschen, die unser Land, und hier meine ich nicht nur die Wirtschaft, sondern auch unsere Gesellschaft, braucht. Aus Gründen der demografischen Entwicklung aber auch, weil kulturelle Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Menschen erst das kreative Potenzial für die Zukunft freisetzen." Allzu lange wurden die mit der Einwanderung verbundenen gesellschaftlichen und sozialen Herausforderungen weitgehend ignoriert. Nötig sei eine sachliche und an den Herausforderungen orientierte Debatte. Pollice: „Was wir nicht brauchen, sind populistische Diskussionen über einen vermeintlichen Verlust der deutschen Identität oder muslimische Integrationsverweigerer wie sie von Sarrazin und Co. entfacht wurden."

Vor diesem Hintergrund griff Pollice auch das Ausschlussverfahren gegen Sarrazin aus der SPD auf: „Wir brauchen auch keinen Zick-Zack-Kurs von einer Partei, die auch meine ist, nämlich der SPD, die zuerst den gerade erwähnten ausschließen will, dann aber aus wahltaktischen Gründe diese Entscheidung zurück nimmt. Liebe SPD, das zahlt sich nicht aus!"

DISKRIMINIERUNG VON ROMA UND SINTI

Es gibt viele Studien über die Situation, aber kaum Veränderung

Zum internationalen Tag der Roma, am 8. April 2011, veröffentlichte der Zentralrat deutscher Sinti und Roma ein Arbeitspapier zur Strategie der EU und fordert darin mehr Perspektiven statt Intervention.

Die Diskriminierung von Roma und Sinti ist in der Europäischen Union (EU) politisch schon mehrere Jahre ein Thema: Die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) hat Europas größte Minderheit, die jedoch nirgendwo die Bevölkerungsmehrheit stellt, schon lange ins Zentrum ihrer Agenda gestellt. Studien über die miserablen Wohnungsbedingungen und andauernde und ständige Diskriminierung - beispielsweise in der Arbeitswelt - in ihren Heimatländern gibt es viele, Veränderungen jedoch kaum. Die Vorurteile sitzen tief. Laut dem neuesten Schattenberichts des Europäischen Netzes gegen Rassismus (ENAR) gehören Roma immer noch zu der Gruppe, die am stärksten von Diskriminierung betroffen ist.

Zeitungen wie beispielsweise der Spiegel berichten zu Ostern von Übergriffen uniformierter rechtsradikaler Milizen in Ungarn, die Angst und Schrecken verbreiten, viele Roma sind verängstigt und fliehen, lassen sogar ihr Hab und Gut zurück. Das Dorf mit Namen Gyöngyöspata steht als Symbol für eine gescheiterte Minderheiten-Politik in Ungarn und anderswo.

Das Arbeitspapier des Zentralrats moniert, dass auf europäischer Ebene eine Vielzahl an Programmen existiert, die Auswirkungen auf lokaler Ebene jedoch kaum spürbar sind. Viele nationale Regierungen würden Roma als „europäisches Problem" betrachten und deshalb nach „europäischen Lösungen" verlangen. Der Zentralrat weist jedoch darauf hin, dass die Roma keineswegs eine europäische Minderheit, sondern nationale Minderheiten in den jeweiligen Heimatländern seien und als solche nicht nur rechtlich sondern auch praktisch anerkannt werden müssten. In dem Papier heißt es weiter: „Aktuell wird die Lage der Roma in Europa wieder in einigen Ländern und von einigen Regierungen als vorgeblich soziales Problem diskutiert, Strategien werden auf die soziale Dimension fokussiert." Die Kernbegriffe sind Armut und die Lebensweise. Die angeblich traditionelle Lebensweise führe den Vorurteilen nach zu einer Bildungsferne, die angeblich der Hauptgrund für Armut und Ausgrenzung sei. „Eine solche Argumentation führt die Stigmatisierung der Minderheit fort, indem sie den bestehenden Rassismus und Diskriminierung ausblendet oder als nachrangig einschätzt." Ein weiteres Problem ist, dass die Gelder der EU nicht dort ankommen, wo sie gebraucht werden. In Ungarn erreichen lediglich zehn Prozent der EU-Gelder die Roma vor Ort, in vielen Ländern sieht es nicht besser aus. Deshalb fordert der Zentralrat eine Ausweitung der Andidiskriminierungsrichtlinie, um einen wirksamen Schutz und gegebenenfalls auch einklagbare Unterlassungsansprüche und Schadensersatzansprüche gegen das Handeln von Behörden und staatlichen Stellen zu garantieren.

Das Arbeitspapier des Zentralrats der Sinti und Roma findet man unter: www.pesterlloyd.net/2011_14/14romatag/14romatag.html. Weitere Infos unter: www.gelbehand.de/aktiv

SCHATTENBERICHT ZUM THEMA RASSISMUS

Das Europäische Netzwerk gegen Rassismus zur Situation in der EU

European Network Against Racism

Das Europäische Netzwerk gegen Rassismus (ENAR) veröffentlichte am 21. März 2011, dem internationalen Tag gegen Rassismus, in Brüssel den Schattenbericht für die Jahre 2009 und 2010. Der Schattenbericht setzt sich aus 27 nationalen Berichten der EU-Mitgliedstaaten und Kroatien zusammen. In der Presseerklärung heißt es: „Rassismus ist auch weiterhin ein tief verwurzeltes Problem in vielen Lebensbereichen." Der Bericht zeige, dass ethnische und religiöse Minderheiten weiterhin Rassismus und Ausgrenzung in allen Lebensbereichen ausgesetzt sind. „Der Rassismus in Europa ist noch lange nicht besiegt", so Chibo Onyeji, Präsident von ENAR, „wir haben noch einen langen Weg vor uns."

Auf europäischer Ebene ist die Diskriminierung auf Grund der Herkunft immer noch am häufigsten (61 Prozent), gefolgt von Diskriminierung auf Grund der Religion (39 Prozent). In unterschiedlicher Ausprägung in verschiedenen Staaten lässt sich feststellen, dass Migranten, Roma, Flüchtlinge und Asylbewerber, sowie Muslime und Juden am häufigsten unter Diskriminierung leiden. Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist immer noch erschwert und wurde durch die Wirtschaftskrise noch verstärkt. Auch sind die genannten Bevölkerungsgruppen immer noch überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Bildungsbereich lassen sich die allgemein schlechtere Qualität, Ausgrenzung und rassistische Übergriffe gegen ethnische Minderheiten beobachten, was zu geringerer Beschulung und früheren Abgängen und Sprachbarrieren führt. Auch die Gettoisierung nimmt zu.

Speziell in Deutschland lassen sich auf Grund des beschränkten Zugangs zum Arbeitsmarkt Abwanderungstendenzen unter türkeistämmigen Hochqualifizierten in die Türkei beobachten. Ein großes Problem stellt weiterhin die fehlende Anerkennung von ausländischen Abschlüssen dar. Die Wohnungssituation ist problematisch, da „ausländisch klingende Namen" ein ausschlaggebender Grund für den Nichterhalt einer Wohnung sind, unabhängig vom Bildungsabschluss, Einkommen oder Sprachfähigkeiten. Menschen mit Migrationshintergrund zahlen mehr Miete für qualitativ schlechtere Unterkünfte und haben einen schweren Zugang zu wohlhabenden Gegenden. Positiv zu vermelden ist, dass in den meisten Bundesländern Kinder von Asylbewerbern und Geduldeten den vollen Zugang zur Bildung genießen können.

Der Schattenbericht findet sich unter (in englischer Sprache): http://cms.horus.be/files/99935/MediaArchive/FINAL%20SR%20-%20online%20version%202.pdf

Den Schattenbericht zu Deutschland findet man unter (in englischer Sprache): http://cms.horus.be/files/99935/MediaArchive/Germany.pdf

Neue Fördermitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
auch in den letzten Wochen konnte der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!" neue Fördermitglieder gewinnen. Unter anderem auch die Kollegin ***Elke Hannack****, die Mitglied des ver.di Vorstandes ist. An dieser Stelle heißen wir alle herzlich Willkommen und bedanken uns sehr für ihre Unterstützung.*

Nachfolgend die Namen:

1. Ernst Busch, NGG Geschäftsführer Region Köln
2. Hayri Cakir, ver.di, Mitglied des Bundesmigrationsausschuss, Krefeld
3. Philipp Collrep, EVG Bundesjugendleiter, Hamburg
4. Mohamed Eltayeb-Khalifa, ver.di, Mitglied des Bundesmigrationsausschuss, Hamburg
5. Günter Garbrecht, IG Metall, MdL-NRW, Bielefeld
6. Elke Hannack, ver.di Vorstandsmitglied, Berlin
7. Erdogan Kaya, ver.di, Mitglied des Bundesmigrationsausschuss, Berlin
8. Glenn Lawrence, IG BCE, Stellvertretender BR-Vorsitzender VERITAS AG, Gelnhausen
9. Manfred Lieske, ver.di, Düsseldorf
10. Steffen Lübbert, NGG Sekretär zur Ausbildung, Hamburg
11. Andreas Rick, EVG Geschäftsstelle Köln
12. Karsten Rothe, NGG, Leiter der Tarifabteilung der Hauptverwaltung, Hamburg
13. Ernst-Oliver Schulte, NGG, Koordinator des Vorstandsbereichs 3 der Hauptverwaltung, Hamburg
14. Lothar Szych, ver.di, Sozialattaché der deutschen Botschaft in Moskau
15. Guido Zeitler, NGG, Referatsleiter in der Hauptverwaltung, Hamburg

Um die erfolgreiche Arbeit des Vereins fortzusetzen, brauchen wir Eure finanzielle und ideelle Unterstützung!
In Form einer Fördermitgliedschaft (Mindestbeitrag 36 € im Jahr) als auch durch eine Spende. Sowohl der Förderbeitrag als auch Spenden an den Verein können steuerlich abgesetzt werden. Selbstverständlich wird von uns eine Spendenquittung ausgestellt.

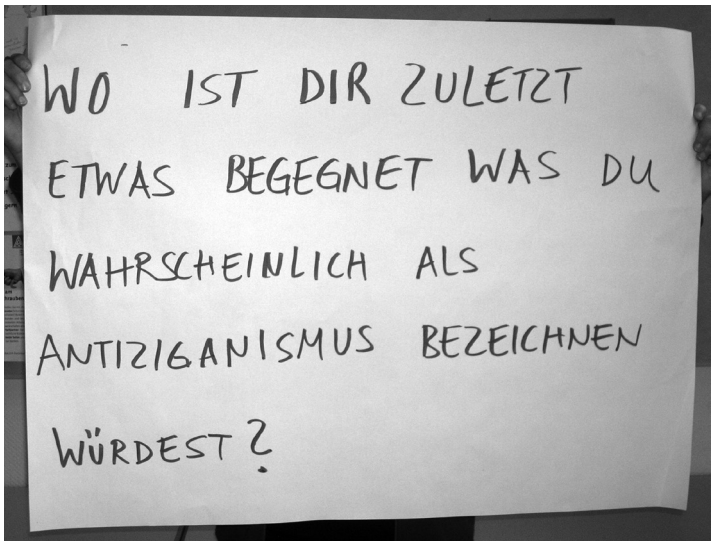
Durch die Werbung weiterer Förderer, durch das Tragen des Stickers, durch aktives Eintreten für Gleichberechtigung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft.

Wir sind für jeden Beitrag dankbar! Vielen Dank
Giovanni Pollice, Vorstandsvorsitzender

Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf
Postvertriebsstück, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, 67669

INTERKULTURELLE ÖFFNUNG ALS ZIEL

Der Arbeitskreis Demokratie und Migration der DGB-Jugend NRW



Aus dem Seminar „Antiziganismus – Rassismus gegen Roma und Sinti" der DGB-Jugend NRW

An einem Wochenende im April 2011 diskutierten 20 junge GewerkschafterInnen aus ganz Nordrhein-Westfalen im IG Metall Bildungszentrum Sprockhövel das Thema „Antiziganismus – Rassismus gegen Roma und Sinti". Anlass für das Seminar war die aktuelle deutsche Abschiebepolitik von Roma in den Kosovo. Unter der Leitung der Referentinnen Kathrin Herold und Yvonne Robel (Herausgeberinnen des Sammelbandes „Antiziganistische Zustände – Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments") hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich zwei Tage lang mit den Besonderheiten des Rassismus gegenüber Roma und Sinti, der historischen Entwicklung des Antiziganismus, der Verbreitung von antiziganistischen Stereotypen in den Medien, den aktuellen Diskriminierungen von Roma und Sinti in Deutschland sowie den Möglichkeiten des Widerstands gegen diese Politik zu beschäftigen.

Das Seminar ist ein Beispiel für die Aktivitäten des Arbeitskreises Demokratie und Migration der DGB-Jugend NRW. Zentrales Thema des Arbeitskreises ist die Frage, wie sich Partizipationsmöglichkeiten von jungen Menschen mit Migrationshintergrund in der Gesellschaft im Allgemeinen aber auch in der Gewerkschaftsjugend im Besonderen darstellen. Neben der Entwicklung von Positionen und der Diskussion politischer Vorstellungen und Forderungen der DGB-Jugend werden im Arbeitskreis auch ganz praktisch Aktionen und Seminare geplant.

Den Arbeitskreis gibt es in verschiedenen Formen mittlerweile seit über 20 Jahren. Aktuell wird er von Yvonne Fischer, Jugendbildungsreferentin in der DGB Region Mülheim, Essen, Oberhausen und Tim Ackermann, Jugendbildungsreferent in der DGB Region Ruhr-Mark hauptamtlich unterstützt.

Laut den beiden geht es dem Arbeitskreis insbesondere darum, die Verteilung materieller Ressourcen und die Möglichkeiten von Teilhabe an Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt zu thematisieren. Dabei steht die institutionelle und strukturelle Diskriminierung von MigrantInnen im Zentrum. Gerade die aktuelle Debatte um Migration und Integration zeigt wie wichtig es ist, die behandelten Themen nicht als kulturelle Unterschiede und Probleme zu deuten, sondern sie als soziale Fragen von Ausgrenzung und Spaltung sichtbar zu machen. Damit greift der Arbeitskreis die grundlegenden gewerkschaftlichen Forderungen nach Solidarität, Gerechtigkeit und Demokratie auf und fragt danach, wie wir in dieser Gesellschaft zusammen leben wollen!

Der Arbeitskreis trifft sich einmal im Monat in Essen. Die geografische Lage bringt es mit sich, dass die meisten aus dem Ruhrgebiet kommen, aber zum Beispiel auch aus Münster reist eine Kollegin an. Die Mitglieder bringen sehr unterschiedliche Erfahrungen und Zugänge zu dem Themengebiet mit. Grundsätzlich aber gilt, dass alle willkommen sind, egal in welcher Branche sie arbeiten oder ob sie studieren, egal ob mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte. Gerade diese Vielfältigkeit der Zugänge und Erfahrungen ermöglicht es, die Thematik aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten.

Neben der Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse will der Arbeitskreis auch dazu beitragen, dass die Gewerkschaften sich stärker interkulturell öffnen und sich so die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund erhöht. Der Arbeitskreis will den Gewerkschaften auf dem weiteren Weg der interkulturellen Öffnung Anregungen geben. Um überhaupt den Sachstand kennen zu können plädieren Yvonne Fischer und Tim Ackermann dafür, dass alle Gewerkschaften unter ihren Mitgliedern auf freiwilliger Basis den Migrationshintergrund erheben. Diese Zahlen wären die Grundlage dafür, politische Ziele in Bezug auf die Beteiligung von MigrantInnen zu formulieren und überprüfbar zu machen. Vor diesem Hintergrund könnten dann Maßnahmen wie die Einführung von Quoten oder die Forderung nach anonymisierten Bewerbungen diskutiert werden.

Yvonne Fischer und Tim Ackermann sehen den Arbeitskreis Demokratie und Migration fest in der gewerkschaftlichen Tradition verankert. Zugleich ist das Thema auch eine zentrale Herausforderung für die Zukunft der Gewerkschaften. Es gehe darum, Chancengerechtigkeit für diejenigen herzustellen, die oft an bestehenden Strukturen scheitern, Strukturen, die nicht unbedingt bewusst geschaffen wurden, um auszugrenzen, in der Praxis aber diskriminierend wirken. Das schließt ein, Verhaltens- und Denkweisen, die Diskriminierung – auch hier nicht unbedingt bewusst – fördern oder zumindest nicht verhindern, zu erkennen und zu verändern.

Das, was sich hier etwas theoretisch anhört, wird an einem Beispiel sehr schnell praktisch. Bei den Treffen des Arbeitskreises wird zuerst einmal anhand aktueller politischer Nachrichten diskutiert, wo sich Diskriminierung versteckt und was aus Sicht der Gewerkschaftsjugend dagegen gesetzt werden kann.

Wer im Arbeitskreis Demokratie und Migration mitarbeiten möchte, ist herzlich willkommen. Interessierte können sich an Yvonne Fischer (yvonne.fischer@dgb.de) oder Tim Ackermann (tim.ackermann@dgb.de) wenden. Beide stehen natürlich auch für weitere Informationen zur Verfügung.

IMPRESSUM:

HERAUSGEBER
Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.

VORSTAND
Giovanni Pollice, IG BCE
Leo Monz, DGB Bildungswerk
Volker Roßocha, DGB
Bernd Vallentin, ver.di
Holger Vermeer, IG BAU

VERANTWORTLICH
für den Inhalt: Giovanni Pollice

KOORDINATION
Dr. Klaudia Tietze

REDAKTION
Bernd Mansel
Medienbüro Arbeitswelt, Berlin

FOTOS
IG BCE Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT
Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düssseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

PRODUKTION
Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40 800 900